



medico international

rundschreiben
03|07

www.medico.de

Afghanistan I

*Der „gute Krieg“
als blutiger Irrtum*

Afghanistan II

*Straffreiheit jetzt,
Gerechtigkeit später?*

Afghanistan III

*Sie bleiben,
es ist ihr Land*



Herausgeber:
 medico international
 Burgstraße 106
 D-60389 Frankfurt am Main
 Tel. (069) 944 38-0
 Fax (069) 436002
 E-Mail: info@medico.de
 Internet: www.medico.de

Redaktion:
 Katja Maurer (verantwortl.),
 Thomas Gebauer,
 Martin Glasenapp

Lektorat:
 Reinhard Arendt

Gestaltung:
 Andrea Schuldt

Titelbild:
 Afghanistan, in einer der größeren Städte:
 Eine Prostituierte steht hinter einem Vorhang,
 in dem Haus, in dem sie arbeitet. Prostitution
 ist illegal und denen, die überführt werden,
 drohen lebensbedrohliche Konsequenzen.
 Foto: Lana Šlezic

Spendenkonto: 1800
 Frankfurter Sparkasse
 BLZ 500 502 01

Deutsches
 Zentralinstitut
 für soziale
 Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
 Geprüft • Empfohlen

ISSN 0949-0876

- 3 Editorial**
- 4 Kommentar**
 Afghanistan – mit Sicherheit
 in die Katastrophe?
- 8 Ahmad Nader Nadery**
 Gerechtigkeit später?
- 10 Afghanistan**
 Sie bleiben – es ist ihr Land
- 12 Simbabwe**
 Stillstand in Bewegung
- 14 projekte – projektionen**
- 18 Sri Lanka**
 Unterwegs, irgendwo, mit irgendwem
- 20 Brasilien**
 Sommer unterm Zuckerhut
- 23 Gesundheit**
 Zeit ist Geld
- 24 Gesundheit**
 Neue Künste
- 25 Gesundheit**
 Etappensieg in Sachen Nevirapine
- 26 medico aktiv**
- 28 medico-Jahresbilanz 2006**
- 30 medico-Materialien**
- 30 Hinweise**

Bildinformationen Afghanistan:
 Titelbild, Rückseite, sowie die Fotos auf den Seiten 6,
 8/9, 10 und auf der Mittelseite stammen aus dem jüngst
 erschienenen Fotobuch: „Verleugnet. Frauen in Afgha-
 nistan“ von Lana Šlezic, die sich zwei Jahre lang, von
 2004 bis 2006, in Afghanistan aufhielt. (Erschienen bei:
 Edition Braus im Wachter Verlag, Oktober 2007)



Liebe Leserinnen und Leser,

unversehens, ja fast unbeabsichtigt, begeben wir uns mit diesem Heft auf eine Reise durch Konflikte, in denen die Rückwirkungen der globalen Veränderungen genauso zu finden sind wie der Nachhall jahrzehntelanger unbearbeiteter regionaler und sozialer Auseinandersetzungen. Ob in Afghanistan, in Simbabwe, ob in Sri Lanka oder Brasilien - unsere Partner bewegen sich in verwickelten, bisweilen unüberschaubaren Auseinandersetzungen. Bereits vor 20 Jahren hat medico für diese Arbeit den Begriff „Hilfe im Handgemenge“ entwickelt.

Das Handgemenge ist seither nicht leichter geworden, obwohl die neoliberale Globalisierung eine dramatische Einebnung vorantreibt: Überall wurden und werden die lokalen und sozialen Konflikte extrem beschleunigt. Das Maß an Ausschluss und Einschluss, die Dimension der sozialen Kluft – es ist dieses immer gleiche Parameter, an dem die Auseinandersetzungen gemessen werden können. Lösungen sind derzeit kaum in Sicht. Weder in Afghanistan, das aus gegebenem Anlass einen Schwerpunkt dieses Heftes bildet. Noch im Bürgerkrieg in Sri Lanka, der im Gegensatz zu Afghanistan gänzlich aus dem Blickfeld verschwunden ist. Dabei gab es durchaus berechnete Hoffnung auf eine gerechte Lösung in Sri Lanka. Doch nun herrscht im Nordosten ein Stillstand des Schreckens. Denn solange der Tourismus im Süden funktioniert und im Norden ein großer Hafen gebaut werden kann, kann der globale Neoliberalismus mit solchen Ausschlusszonen ohne weiteres leben. Nur die Menschen dort nicht. Insofern ist die Arbeit unserer Partner in Sri Lanka geradezu symbolisch für „Hilfe im Handgemenge“, wie sie auch in den anderen beschriebenen Regionen stattfindet: Menschenrechtsarbeit und akute Not lindern.

Dieses Konzept unserer Projekthilfe würde auf einem Fundraising-Kongress wohl als wenig spendenträchtig abgetan werden. Wer keine schnelle Lösung zu präsentieren weiß, soll die Sammelbüchse heute besser im Schrank weg-

sperren. Ein Grund ja auch, warum sinnfällige, aber nicht immer sinnvolle technische Hilfe derart reüssiert. Und die Sicherheitsideologie und -industrie noch dazu, die sich perfekt darauf versteht, Abhilfe zu simulieren. Wir beschreiben es in unserer Arbeit in Afghanistan und Brasilien.

Allen Maximen der *Kapitalbeschaffung* (engl. *fund* – Kapital, *to raise* – beschaffen) zum Trotz bleibt „Hilfe im Handgemenge“ durchaus ein Konzept, das seine Unterstützerinnen und Unterstützer findet. Sie, liebe Leserinnen und Leser, gehören dazu. Die entsprechende Bilanz finden Sie auf den hinteren Seiten dieses Heftes. Das beharrliche Setzen auf Menschen, Gruppen, Initiativen, die nicht bereit sind, sich in das vermeintlich Unveränderbare dreinzufinden, die dagegenhalten, ist ein Kennzeichen der medico-Solidarität. Insofern unterscheiden sich unsere Reportagen aus den Regionen von dem, wie in den Medien zumeist berichtet wird. Unsere Perspektive in diesem Handgemenge ist nicht der Blick des Westens, sondern der von mittendrin. Das ist durchaus eine Perspektive – im doppelten Wortsinn.

Sie wissen, dass medico bei aller Suche nach perspektivreichen Lösungen die unmittelbare Nothilfe nicht missachtet. Gerade haben wir die Nachrichten aus Mittelamerika vernommen und unsere Kollegen haben von den Verheerungen des Hurrikans „Felix“ insbesondere an der Atlantikküste berichtet. Noch immer steht die Zahl der Toten nicht fest. Zehntausende sind obdachlos. Offenbar wurden ganze Dörfer zerstört. Wir haben Gelder für erste Hilfsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Auf unserer Internetseite halten wir Sie über den aktuellen Stand in Nicaragua nach dem Sturm auf dem Laufenden.

Mit besten Grüßen



Katja Maurer

Afghanistan – mit Sicherheit in

Die Idee des „guten Krieges“ ist ein blutiger Irrtum – Kernpunkte eines Strategie

Von Thomas Gebauer

kommentar

Sechs Jahre nach der Bombardierung Afghanistans ist das Land am Hindukusch wieder das, was es auf leidvolle Weise schon einmal gewesen ist: ein Pufferstaat. War es Ende des 19. Jahrhunderts noch das Britische Empire, das Afghanistan als Trennung zum zaristischen Russland nutzte, sind es heute die hegemonialen Interessen des von den USA geführten Westens, die Afghanistan zu einem Puffer zwischen dem aufstrebenden China, den instabilen asiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, den reichen Ölländern und dem politischen Islamismus gemacht haben.

Die afghanische Bevölkerung zählt dabei nur am Rande. Sie ist ebenso unbedeutend wie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Afghanistan, so der Ökonom Marc Herold von der University of New Hampshire, sei insofern der Prototyp eines „Neo-Kolonialstaates“. Im Gegensatz zu den früheren Kolonien, in denen die Kolonialherren wenigstens noch den Versuch einer wirtschaftlichen Entwicklung unternahmen, zielt das Interesse der heutigen Besatzer allein auf die Sicherung eines leeren, von feindlichen Kräften befreiten Raumes. Darüber hinaus aber sei Afghanistan völlig uninteressant.

Harte Worte angesichts all der geleisteten Wiederaufbauhilfe und eines Krieges, der doch im Namen der Menschenrechte geführt worden ist. Die Fakten aber sprechen für sich. Der Krieg gegen den Terror hat Afghanistan nicht sicherer gemacht. Die Frauen wurden nicht befreit. Von sozialer Entwicklung keine Spur. Neben dem Krieg und dem eskalierenden Leid der Zivilbevölkerung sind es vor allem massive soziale und wirtschaftliche Probleme, die die Bewohner Afghanistans heute plagen. Das „neue“ neoliberale Wirtschaftsmodell, das die internationalen Berater dem Land verordnet haben, hat die Arbeitslosigkeit auf ein nie gekanntes Ausmaß katapultiert. 50-70% der erwerbsfähigen Bevölkerung sind heute ohne geregeltes Einkommen. Reihenweise mussten Handwerksbetriebe und kleinere Unternehmen schließen, als die Märkte Afghanistans für billige Produkte aus dem Ausland geöffnet wurden. Zigtausende Kinder überleben heute nur, indem sie Abfall durchwühlen, Schuhe putzen oder auf den Straßen betteln.

Gemessen am Drogengeschäft nimmt sich die internationale Hilfe zunehmend mickrig aus

Die Debatte über den Krieg in Afghanistan hat den Blick für die sozialen Nöte der Afghanen verstellt. Expertenstäbe erwägen sicherheitspolitische Strategien, nicht aber tragfähige Wirtschaftskonzepte. In der globalisierten Wirtschaft spielen die Menschen in Afghanistan ohnehin keine Rolle. Weder als Konsumenten noch als Produzenten sind sie gefragt. Afghanistan ist nicht der Ort, der lukrative Export- und Anlagegeschäfte erwarten lässt – zumindest nicht auf legale Weise. Außer ein paar Trockenfrüchten und Teppichen hat Afghanistan nur eines zu bieten: Opium.

Die rasante Ausweitung des Drogenanbaus aber ist nicht allein der kriminellen Energie und dem skrupellosen Bereicherungsinteresse mafioser Kriegsherren, Politiker und Geschäftemacher geschuldet. Sie ist vor allem Ausdruck der wachsenden Verarmung der Menschen. Solange Drogen den Zugang zu Land, Einkommen und Krediten sichern, ist der Mohnanbau im Kern eine völlig rationale Überlebensstrategie. Gemessen am Drogengeschäft nimmt sich die internationale Hilfe zunehmend mickrig

die Katastrophe?

Strategiewechsels

aus. Im letzten Jahr war sie nur noch halb so groß wie der Erlös aus der Opiumproduktion. Für die meisten Afghanen aber macht das ohnehin keinen Unterschied, diente doch das Gros der bereitgestellten Mittel mehr der Legitimation des Krieges als dem Wiederaufbau. Um rasche Erfolge vorweisen zu können, haben die USA das Land mit Straßen, Schulen und Gesundheitsstationen regelrecht zugepflastert. Von einer nachhaltigen Entwicklung und der maßgeblichen Beteiligung der Bevölkerung an Planung und Ausführung des Wiederaufbaus keine Rede. Mitunter haben internationale Bauunternehmen mit ausländischen Arbeitskräften Straßen aus dem Boden gestampft, die schon im Augenblick der Einweihung wieder zu bröckeln begannen.

Natürlich gab und gibt es auch viele ernst gemeinte Wiederaufbaubemühungen. Sie alle leiden darunter, dass ein kohärentes Gesamtkonzept fehlt. Unbestritten ist es ein Erfolg, wenn heute wieder mehr Kinder zur Schule gehen können, doch ist völlig unklar, ob sie jemals einen Job finden werden. Nicht das Vertrauen in soziale Perspektiven beherrscht das Land, sondern ein immer undurchsichtiger werdendes Gestrüpp aus Korruption, Vetternwirtschaft und Rechtsfreiheit, mit dem es die neue, von außen eingesetzte Führungselite des Landes verstanden hat, sich den Löwenanteil der Hilfgelder selbst unter den Nagel zu reißen. Vor den Botschaften der Anrainerstaaten bilden sich derweil wieder Schlangen enttäuschter Afghaninnen und Afghanen. Es ist Zeit zu gehen, sagen sie: Zeit, dem Teufelskreis aus Armut, Drogenwirtschaft und Willkür den Rücken zu kehren.

Frieden ist nie das Ergebnis militärischer Auseinandersetzungen. Frieden basiert auf Vertrauen, und genau das haben die Menschen in Afghanistan in den letzten Jahren verloren. Kinder, die den Schutztruppen anfangs noch zugewinkt haben, schmeißen heute Steine. Niemand hatte den Taliban bei ihrer Vertreibung nachgewinkt, doch sind es die enttäuschten Hoffnungen und die vielen zivilen Kriegesopfer, die den Unterdrückern von damals heute wieder in die Hände spielen.

Wenn Afghanistan mehr als ein nur billig zu sichernder Pufferstaat werden soll, dann gilt es vor allem, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Mit dem Beharren auf einem Militäreinsatz, der offenkundig gescheitert ist, wird das nicht gelingen. Es ist höchste Zeit zu erkennen, dass die Idee des „guten Krieges“ ein blutiger Irrtum ist.

Strategiewechsel medico hatte mit einem Aufruf, der von Intellektuellen, Wissenschaftlern und Künstlern aus aller Welt, darunter zahlreichen Nobelpreisträgern, unterzeichnet wurde, im Jahr 2001 bereits vor dieser Idee gewarnt. Der Aufruf wandte sich an den Bundestag, gegen eine Beteiligung an dem Militäreinsatz zu stimmen. Weil politische Veränderungen „von unten“ kommen müssen, forderten wir gemeinsam mit unseren afghanischen Partnern stattdessen eine entschlossene politische Auseinandersetzung mit den Taliban, so wie auch das widerwärtige Apartheidregime Südafrikas nicht militärisch, sondern politisch in die Knie gezwungen wurde.

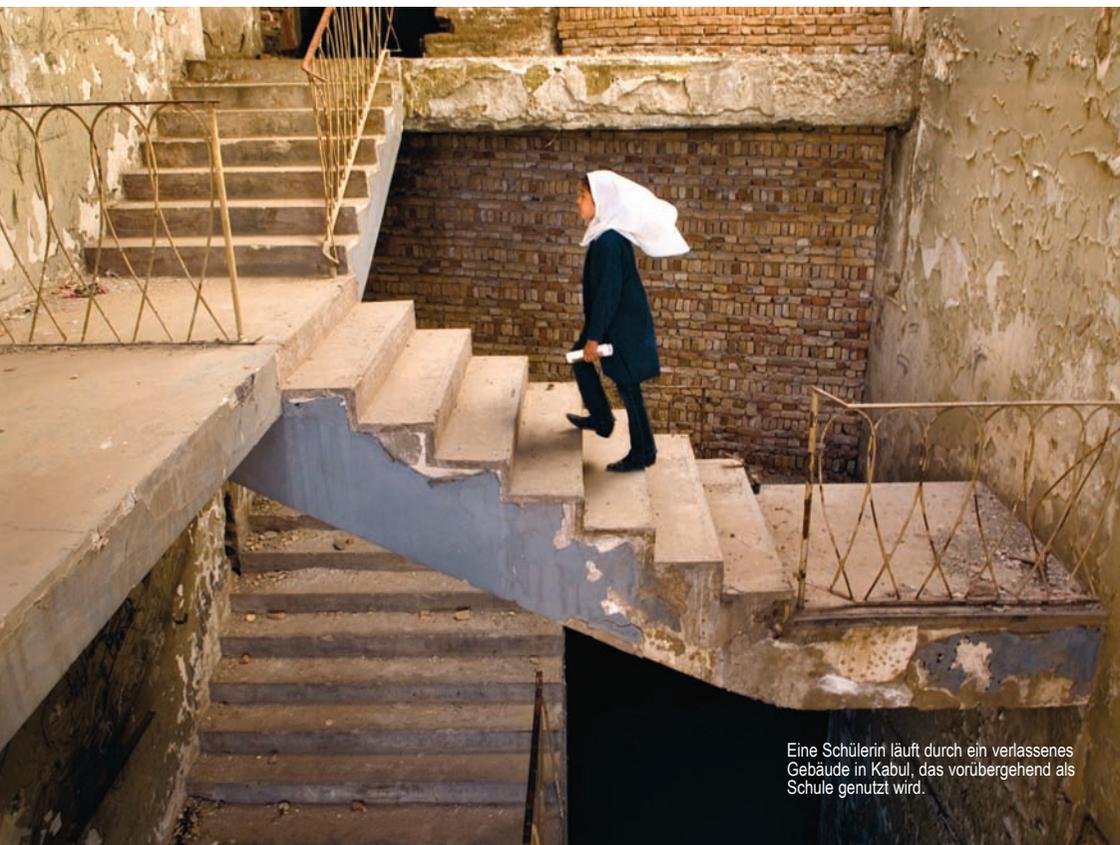
An nachhaltigen Veränderungen war den US-geführten Interventionsmächten jedoch nicht gelegen. Es ging um Vergeltung, und dies verlangte einen raschen Sieg über die Taliban. Um selbst keine große-

ren Verluste in Kauf nehmen zu müssen, machte man gemeinsame Sache mit jenen Warlords und Mujaheddinführern, die Afghanistan in den Jahren des Bürgerkrieges in Schutt und Asche gelegt hatten. Die Niederschlagung der Taliban gelang: Der Teufel wurde mit dem Beelzebub ausgetrieben.

In dieser Situation war es nur zu verständlich, dass unsere Partner, die gerade noch vehement gegen die Bombardierung opponiert hatten, nun die Entsendung von internationalen Schutztruppen verlangten. Damit verbanden sie die Hoffnung, den Warlords Einhalt zu gebieten, um an der Idee der Entmilitarisierung des Landes festhalten zu können. Während wir aus deutscher Perspektive weiterhin gegen die Entsendung von Bundeswehrsoldaten waren, beschwerten sich unsere Partner über das viel zu kleine Kontingent. 3.000 deutsche Soldaten erschienen ihnen nicht ausreichend genug, um wirkungsvoll für Schutz – und damit auch für die Entwaffnung und Auflösung jener privaten Milizen zu sorgen, mit denen die Warlords ihre Macht sichern. Das Ergebnis ist bekannt: Auf Druck der USA saßen nicht die Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft am Verhandlungstisch der großen Afghanistan-Konferenz auf dem Bonner Petersberg, sondern eben die Warlords. Versuche, die Milizen zu entwaffnen, misslangen. Sie dienten im Wesentlichen als Verschrottungshilfe für unbrauchbare, veraltete Waffen. Das Protokoll einer ursprünglichen Fehlentwicklung.

Was aber ist jetzt zu tun, wo aufgeklärte demokratische Initiativen, die es in Afghanistan durchaus gibt, zwischen religiösem Fundamentalismus und neoliberaler Gleichgültigkeit zerrieben werden? Was würde passieren, wenn die Soldaten plötzlich abgezogen werden?

Fragen, die wir mit unseren Partnern immer wieder diskutiert haben. Nicht auf alles haben wir eine Antwort gefunden, doch steht für uns außer Frage, dass nicht die Ausweitung des Militäreinsatzes



Eine Schülerin läuft durch ein verlassenes Gebäude in Kabul, das vorübergehend als Schule genutzt wird.

erforderlich ist, sondern ein glaubwürdiger Prozess der Entmilitarisierung. Deshalb sind der Bundestag und die Bundesregierung aufgefordert, einen überzeugenden Zeitplan für einen Abzug der Soldaten vorzulegen. Gerade diejenigen, die es gut mit Afghanistan meinen, müssen erkennen, dass die Zeit für faule Kompromisse vorbei ist. Weder darf es weitere Zugeständnisse an eine offenkundig irreführende US-Politik geben, noch sollte das Bemühen um soziale Entwicklung weiter von militärischen Interessen überlagert werden. Denn unter der militärischen Dominanz leidet nicht zuletzt die Wiederaufbauhilfe, auch die unserer Partner, von denen drei Mitarbeiter Anfang August von den Taliban ermordet wurden. Weil die Grenze zwischen dem Militärischen und dem Humanitären verwischt, weil Hilfe mehr und mehr zum legitimatorischen Anhängsel von Sicherheitspolitik wird, sind auch die Wiederaufbauhelfer ins Fadenkreuz der Kampfhandlungen geraten.

Erster Schritt zur Entmilitarisierung Afghanistans ist die Einstellung der „Operation Enduring Freedom“ (OEF). Der Bundestag ist aufgefordert, im November gegen eine Verlängerung des OEF-Mandates zu votieren. Die Verlängerung des Mandats der Internationalen Schutztruppen (ISAF), über das der Bundestag schon im Oktober entscheidet, bedarf auf gleich mehrfache Weise der Konditionierung. Unbedingt muss die weitere Beteiligung deutscher Soldaten an den Schutztruppen daran gebunden sein, dass das ISAF-Mandat auf defensive Aufgaben beschränkt wird, dass auch die anderen beteiligten Länder ihre Kriegshandlungen einstellen, dass das ISAF-Kommando wieder der UN unterstellt wird und im November dann tatsächlich der Ausstieg aus OEF beschlossen wird. Mit der Zurückdrängung des Militärischen wird es auch möglich werden, deutlich mehr Mittel dem Wiederaufbau und der sozialen Entwicklung zur Verfügung zu stellen. Gegenwärtig werden aus dem Bundeshaushalt mehr als 450 Mio. € für den Militäreinsatz in Afghanistan ausgegeben, aber nur ein Viertel der Summe für zivile Projekte.

Was würde passieren, wenn die Soldaten plötzlich abgezogen werden?

Die Wiederankurbelung der Wirtschaft, die Schaffung von Gerechtigkeit und der Aufbau einer funktionierenden Staatlichkeit aber brauchen viel mehr Geld. Frieden und Entwicklung müssen „von unten“ kommen, und dazu bedarf es der Unterstützung vor allem lokaler Dorfstrukturen und des ländlichen Raumes. Notwendig ist die Förderung von Wirtschaftskreisläufen, die Existenzsicherung jenseits der Drogenökonomie zulassen. Die Menschen in Afghanistan müssen spüren, dass am Hindukusch ihre und nicht die Interessen Deutschlands verteidigt werden. Meist sind es ungelöste Konflikte, Streitereien über Wassernutzungsrechte beispielsweise oder unklare Eigentumsfragen, die sich aufschaukeln und schließlich von Warlords, korrupten Provinzpolitikern, kriminellen Banden oder den wieder erstarken Taliban genutzt werden, um die eigene Macht auszuweiten.

Das Bemühen um Gerechtigkeit darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Das Motto: *Peace first, Justice later!*, mit dem die afghanische Regierung und die internationalen Berater sich aus der Affäre zu ziehen versuchen, muss scheitern. Wer das Bedürfnis nach Gerechtigkeit ignoriert, sät Straffreiheit und Gewalt. Nur über die Aufarbeitung der kriegerischen Vergangenheit des Landes kann das Vertrauen der Menschen zurückgewonnen werden. Für die Millionen von Kriegsoffern ist es nicht hinnehmbar, dass heute notorische Kriegsverbrecher wieder wichtige politische Ämter bekleiden. Statt des skandalösen Amnestie-Gesetzes, mit dem sich die Warlords Anfang des Jahres selbst amnestiert haben, bedarf es eines Versöhnungsprozesses, der von den Opfern selbst ausgehen muss. Die notwendigen Vorarbeiten hat die unabhängige afghanische Menschenrechtskommission längst geleistet.

Die Mitglieder des deutschen Bundestages sind aufgefordert, für ein aufgeklärtes soziales Experiment zu stimmen, statt mit Sicherheit den Weg in die Katastrophe fortzusetzen. ■

Gerechtigkeit später?

Der Vorsitzende der unabhängigen Menschenrechtskommission Ahmad Nader Naderi über die Strafflosigkeit in Afghanistan

Afghanistan

Mehr als eine Million Afghanen haben (in den vergangenen Jahrzehnten der Kriege und Bürgerkriege) ihr Leben verloren. Etwa zwei Millionen Menschen wurden dauerhaft körperbehindert. Abertausende wurden verhaftet und wegen ihrer politischen Überzeugung gefoltert. Fast alle Städte des Landes wurden zerstört und die Felder abgebrannt. In den drei Kriegsjahrzehnten wurden mehr als sieben Millionen Menschen gezwungen, ihre Dörfer und Städte zu verlassen und als Flüchtlinge im Iran, in Pakistan und in anderen Ländern der Welt zu leben. Erst das Petersberg-Abkommen im Dezember 2001 beendete diesen jahrelangen Konflikt. Seinem Wesen nach war er sowohl eine internationale wie eine interne bewaffnete Auseinandersetzung. Deshalb hat er ein so schreckliches Erbe hinterlassen. Das Ausmaß an Gewalt und an Menschenrechtsverletzungen übertrifft alles, was es in der Geschichte Afghanistans je zuvor gegeben hat. Diese Last der Vergangenheit ist auf allen Ebenen der afghanischen Gesellschaft spürbar – physisch wie psychisch.

Auch wenn dieser Konflikt zu Ende ist, bleiben die Fragen nach Recht und Gerechtigkeit und nach einem adäquaten Umgang mit dieser Vergangenheit unbeantwortet. Die Petersberg-Vereinbarungen haben sich im Gegensatz zu anderen von den Vereinten Nationen getragenen Friedensabkommen nicht mit der Frage beschäftigt, wie „Transitional Justice“^{**} aussehen könnte, und wie mit den Verbrechen der Vergangenheit umgegangen werden könnte. Der Hauptgrund dafür war, dass sich alle Vertragsparteien im Verlauf des Konflikts schwere Menschenrechtsverletzungen haben zuschulden kommen lassen. Die Friedensgespräche fanden nicht zwischen einem Sieger und einem Verlierer statt, sondern zwischen verschiedenen „Verlierer-Gruppen“, die es nach den US-geführten Koalitionsangriffen gegen die Taliban geschafft hatten, bestimmtes Terrain zurückzugewinnen. Die Stimmen der Opfer, die Gerechtigkeit forderten, wurden weder von den neuen afghanischen Behörden noch von der internationalen Gemeinschaft zur Kenntnis genommen. Beide vertraten den Standpunkt „erst Frieden, später Gerechtigkeit“.

Die internationale Gemeinschaft hat sich in anderen Nachkriegsländern in Fragen der „Transitional Justice“ ganz anders positioniert. Im Irak verurteilte ein Sondergerichtshof den ehemaligen Staatschef Saddam Hussein wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ein Überprüfungsprozess für alle ehemaligen Mitglieder der Baath-Partei, die nach wie vor politisch aktiv sind, wird mit starker internationaler Unterstützung durchgeführt. Für den Internationalen Strafgerichtshof ist der Prozess gegen die „Lord’s Resistance Army“ aus Uganda von oberster Priorität. Im Fall von Afgha-



nistan jedoch, das seit März 2003 das entsprechende Gesetz ratifiziert hat und seitdem Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofes ist, gibt es wenig Interesse mit den schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit umzugehen. Selbst wenn sie sich gerade erst ereignet haben. So brachte 2003 eine paramilitärische Gruppe in Bala Murghab in der Provinz Badghis 30 Menschen um, vergewaltigte Frauen und setzte das ganze Dorf in Brand. Obwohl die Menschen nach Gerechtigkeit riefen, taten die UN nicht mehr, als den Vorfall in einer öffentlichen Erklärung zu verurteilen. Einige Mitglieder der internationalen Gemeinschaft gingen noch weiter. Um sich ihrer Hilfe im Kampf gegen den Terror zu versichern, unterstützten sie einige notorische Warlords politisch und finanziell. Dazu gehören Ali im Osten, Zadran und Shairmohammad im Süden, Amanullah Zairkoh und Khan im Westen und General Dostum im Norden. Anstatt sie zu marginalisieren, wurden sie mit dieser Unterstützung in ihrer Position noch legitimiert.

Die Stimmen der Opfer wurden von der internationalen Gemeinschaft nicht zur Kenntnis genommen

Die Politik von „Frieden jetzt, Gerechtigkeit später“ führt zu mehr Gewalt durch die lokalen Warlords und zu einem Zustand der Straflosigkeit. Diese Politik hat die Glaubwürdigkeit der neuen demokratisch gewählten Regierung in Afghanistan und den Friedensprozess in großem Maß untergraben. Im Gegensatz zu der klaren Forderung der Öffentlichkeit nach Überprüfung aller politischen Akteure auf ihre Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen wurden einige der bekanntesten Menschenrechtsverletzer auf wichtige offizielle Posten gesetzt. Die Justiz wurde politisiert. Eine große Zahl von korrupten und bekannten Menschenrechtsverletzern wurde Teil ihres Apparats. Wenn sich das fortsetzt, wird das Vertrauen der Menschen in die Regierungsinstitutionen vollends schwinden. Das spielt den Taliban in die Hände und wird die demokratischen Veränderungen in Afghanistan untergraben. ■



In ihrem Haus in einem Dorf bei Bagrami lebt die allein wohnende Sabza Gul. Während der Taliban-Herrschaft trat sie nur wenige Meter vor ihrer Haustür auf eine Landmine, als sie gerade die Kühe melken wollte – die Vorbereitung für ein Familienfest.

Eine Frau in der Flüchtlingsiedlung Chaman Babrak im Norden Kabuls. Tausende von zurückgekehrten Flüchtlingen fanden am Ende des Taliban-Regimes nur noch Schutt, wo ihre Häuser einst standen. So sind viele von ihnen noch immer gezwungen, in Lagern zu leben.



Sie bleiben – es ist ihr Land

Die afghanischen medico-Partner arbeiten für die Demilitarisierung des Landes. Dabei riskieren die Entminer viel – auch ihr Leben.

Afghanistan

Krieg ist kein Mittel gegen Terror“ – im November 2001 wandten sich auf Initiative medicos international renommierte Intellektuelle gegen den Krieg in Afghanistan. Damals hatten Nobelpreisträger wie José Saramago, Günter Grass, Orhan Pamuk, Rigoberta Menchú, Harold Pinter neben einem sofortigen Ende der Bombardements vom Bundestag gefordert, sich nicht an diesem Krieg zu beteiligen.

Heute, sechs Jahre später, ist aus dem offenen Krieg ein nach strategischen westlichen Interessen ausgerichteter Militäreinsatz auf Dauer geworden. Die vorgeblichen Ziele von Demokratie bis Frauenbefreiung, die als eine Art Spin-off-Effekt verkauft wurden, sind nur noch Legitimation. Die Menschen in Afghanistan zahlen für die Sicherung der Geostrategie des Westens keinen niedrigen Preis. Er besteht in Hunderten wenn

nicht Tausenden von Toten im „Krieg gegen den Terror“, in fehlender ökonomischer Entwicklung, in Hunger und Armut. Aber auch in einer wiederholten Erfahrung betrogener Hoffnung.

15 Minenräumer ermordet

Das erleben auch die Partner von medico international. Die afghanischen Organisationen zur Minenaufklärung und -räumung, mit denen medico seit vielen Jahren in der Kampagne zur Ächtung der Landminen und in konkreten Projekten zusammengearbeitet, haben seit dem von den USA geführten Kriegseinsatz 2001 erhebliche Veränderungen und Gefährdungen in ihrer Arbeit erfahren. In den vergangenen sechs Jahren sind 15 Minenräumer bei Anschlägen und Entführungen ums Leben gekommen. Zuletzt vor wenigen Wochen drei Minenräumer unseres Partners Mine Detection and Dog Center (MDC). Dies ist auch

ein direktes Ergebnis der äußeren Intervention. Sie betreibt eine gezielte Vermischung von ziviler Hilfe und militärischen Einsätzen und so geraten afghanische Nichtregierungsorganisationen ins Visier der Auseinandersetzung. Zugleich bedroht ein neoliberaler Privatisierungskurs die Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten der Minenräumer. Reduziert auf ein technisches Problem gilt Minenräumung als vergleichsweise lukratives Geschäft. Da stören die zivilgesellschaftlichen Ansätze von afghanischen Organisationen nur.

Dabei symbolisieren die Demilitarisierungsbemühungen der medico-Partner, dass eine friedliche, von Afghanen gesteuerte Entwicklung möglich wäre. Ihre Arbeit bewegt sich eng im afghanischen Kontext. Ihre weit über tausend Mitarbeiter, die überall im Land tätig sind, teilen das Schicksal ihrer Landsleute. Während der Taliban-Herrschaft haben sie jeden Spielraum genutzt, um der lokalen Bevölkerung medizinische Betreuung zur Verfügung zu stellen oder Mädchen Schulunterricht zu ermöglichen. Als aktive Mitglieder der afghanischen Kampagne gegen Landminen streiten sie für die Rechte der Minen- und Kriegspfer.

Jeder kennt OMAR

In den vergangenen Jahren ermöglichten unsere Spenderinnen und Spender kluge und vorausschauende „Grassroot“-Projekte, denn die Arbeit und das Selbstverständnis unserer afghanischen Partner gehen über ein reines technisches Verständnis des Minenräumens weit hinaus. So unterstützt medico die Arbeit von zwei Frauenteamen bei der traditionsreichen Organisation OMAR (Organisation for Mine Clearance and Afghan Rehabilitation), die Bewohner und Rückkehrer aufklären, wie sie sich gegen die Minengefahr schützen können. Der Unterricht besteht darin, die Menschen über Aussehen und Explosionsarten der Minen und nichtexplodierten Kriegsrückstände zu informieren und mit ihnen Verhaltensmaßregeln zu trainieren, falls eine Mine explodiert ist. Da geht es um die Frage „Wie hole ich Hilfe?“ oder um die Vermittlung von Erste-Hilfe-Maßnahmen. Die Frauenteamen sind besonders deshalb wichtig, weil sie Frauen und

Kinder schulen können. Sie halten keinen langweiligen Frontalunterricht, sondern erreichen mittels Gruppenarbeit und kleinen Rollenspielen, dass die Frauen und Kinder die Verhaltensmaßregeln wirklich verinnerlichen. Wer in Afghanistan OMAR erwähnt, bekommt von vielen Menschen eine positive Antwort. Jeder hat auf die eine oder andere Weise schon Kontakt mit OMAR gehabt. Unter den aktuellen Bedingungen anhaltender Unsicherheit ist die Aufklärungstätigkeit von OMAR eine konkrete Hilfe, die nicht nur die Bewegungsfreiheit der Menschen stärkt, sondern auch Mut macht weiterhin dort zu bleiben. Unter den gegebenen Voraussetzungen bedeutet dies mehr, als man sich in überschaubaren Lebensverhältnissen vorzustellen vermag.

Das Schweigen überwinden

Auch die Arbeit der Poliklinik vom Mine Detection and Dog Center (MDC) ist direkt mit den Folgen der Gewalt konfrontiert. In der Betreuung weiblicher Minenopfer und behinderter Frauen beispielsweise, die diese Poliklinik besuchen. Mit Unterstützung von medico wird die Arbeit einer Physiotherapeutin und einer Psychotherapeutin finanziert, die insbesondere diese Frauen unterstützen. In Afghanistan ist es bislang nicht üblich über die Folgen des Krieges für die Seele zu sprechen. Dieses schweigende Nachvorschaun ist sicher nicht untypisch für Nachkriegsgesellschaften. Tatsächlich zeigen aber die Erfahrungen der Poliklinik, die seit vielen Jahren die lokale Bevölkerung und insbesondere die Frauen medizinisch betreut, wie nötig eine Auseinandersetzung mit den Kriegsfolgen auch zur Stützung individueller Heilungsprozesse ist.

Katja Maurer

Projektstichwort

Setzen Sie ein Zeichen der Solidarität mit den Menschen in Afghanistan. Unterstützen Sie die Arbeit unserer Partner. Direkt und konkret, ohne Panzer und Tornados demilitarisieren sie das Land von innen und helfen den Menschen bei der Bewältigung der Kriegshinterlassenschaften im physischen wie im psychischen Sinne. Seit Beginn der 1990er Jahre arbeiten unsere afghanischen Partner für ein anderes Afghanistan. Was auch immer am Hindukusch geschieht – sie bleiben. Es ist ihr Land.
Spendenstichwort: **Afghanistan**

Stillstand in Bewegung

In Simbabwe ist Gesundheitsarbeit politisch. Ein Besuch im einstigen Vorzeigeland Afrikas, im Reich des Präsidenten Robert Gabriel Mugabe.

In der Hauptstadt Harare fahren kaum noch Autos. Idyllisch ist das nur auf den ersten Blick, gespenstig auf den zweiten. Vom Flughafen kommend muss man sich nicht durch kilometerlange Staus kämpfen, Fußgänger haben von den großen Alleen der Hauptstadt Besitz ergriffen, man hört Vogelgezwitscher. Die Ursache für die beunruhigende Beruhigung der Stadt: Es gibt kein Benzin mehr. Der Schwarzmarktpreis ist unerschwinglich, nur wenige haben Zugang zu Benzinkarten, die an Tankstellen eingelöst werden können. Genauso leergefegt wie die Straßen sind auch die Lebensmittelgeschäfte. Im Juli 2007 kam es nach erzwungenen Preissenkungen durch die Regierungspartei „Simbabwe African National Union“ (ZANU-PF) zu Hamsterkäufen. Dazu die Inflation mit 7.000 Prozent, Tendenz steigend. Für 1 US\$ gibt es auf dem Schwarzmarkt derzeit 230.000 simbabwische Dollar, der offizielle Kurs liegt bei 1: 250. Die Nationalbank antwortet auf die Hyperinflation mit dem Druck von Geldscheinen inklusive Verfallsdatum.

Weltfluchtrekord

In Harare leben derzeit 600.000 Einwohner – noch, muss man anfügen. Täglich werden es weniger. Ein Drittel der Bevölkerung hat das Land bereits verlassen, drei Millionen Flüchtlinge leben allein in Südafrika. Jeden Tag überqueren weitere 4.000 Menschen die Grenze in das Nachbarland. Nirgendwo sonst fliehen aktuell mehr Menschen in Friedenszeiten. Diejenigen, die bleiben, kämpfen buchstäblich um jeden weiteren Tag. An Straßenecken sammeln sich Menschen, um von irgendwem mitgenommen zu werden. Die Preise im öffentlichen Nahverkehr sind so stark gestiegen, dass kaum noch jemand zur Arbeit fahren kann. Für ein Monatsgehalt bekommt man gerade mal zwei Liter Benzin. Selbst die Müllabfuhr musste ihre Arbeit einstellen. Kursiert das Ge-

rücht, es gäbe etwas zu kaufen, bilden sich vor den Geschäften lange Schlangen. Grundnahrungsmittel wie Maismehl, Zucker, Reis oder Milch sind genauso wie Benzin nahezu reine Schwarzmarktprodukte. Von Toten im Kampf um ein Päckchen Zucker wird berichtet. Arbeitgeber verlängerten die Mittagspause auf zwei Stunden, in den sog. „Survival-Hours“ versuchen die Angestellten für ihre Familien etwas zu essen aufzutreiben. Die Ökonomie des Warentauschs ist in den urbanen Raum zurückgekehrt.

2005 begann die Regierung Mugabes mit der „Operation Murambatsvina“, der Säuberung der großen Städte. Die Hütten, Häuser und Verkaufsstände von bis zu 700.000 Menschen wurden zerstört. Betroffen wurden die städtischen Armen der informellen Siedlungen und des ambulanten Handels, sogenannte „Asoziale“ und „Kriminelle“; sie wurden aufs Land massendepotiert. Regierungsamtlich ging es um eine Verschönerung des Stadtbildes, das Motto: „Garike!“ („Fühlen Sie sich wohl“), in Wahrheit wurde vertrieben, wem eine Nähe zur Opposition unterstellt wurde.

Das Ende der Gesundheit

Auch das medizinische Fachpersonal hat das Land verlassen. Vor 20 Jahren investierte Simbabwe noch in das staatliche Gesundheitssystem. Dann zwangen die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank Präsident Mugabe zu drastischen Einschnitten im Gesundheitsbereich. Es folgte der Kollaps. Bereits 1995 waren nur noch 900 Ärzte für eine Bevölkerung von 11 Millionen Menschen zuständig. Auf dem Human Development Index des Jahres 2004 ist Simbabwe mittlerweile auf Platz 147 abgerutscht (von 177 verglichenen Ländern). Seine Ärzte und Krankenschwestern arbeiten in afrikanischen Nachbarländern oder vermehrt in Großbritan-

nien. Im neoliberalen Commonwealth spülte die Privatisierung Simbabwe gut ausgebildetes Klinikpersonal in das angelsächsische Gesundheitssystem.

Aber nicht alle sind gegangen. Die Community Working Group on Health (CWGH) ist in den Städten und ländlichen Provinzen Simbabwe weiterhin präsent. Die Gruppe von Ärzten und Bürgerrechtlern unterstützt lokale Komitees, die Aids-Aufklärung betreiben und Daten über den Ausfall der Gesundheitsversorgung sammeln. In Nyaya, einem kleinen Ort nur eine Autostunde von Harare entfernt, kann nicht einmal Blut getestet werden. Krankenschwestern und Pfleger „arbeiten“ fast ohne Medikamente, Labore und Ärzte. „Es ist schwer erträglich“, sagt die diensthabende Krankenschwester, „täglich schicken wir die Patienten zurück, weil wir nichts für sie tun können.“ Nur einmal im Monat käme eine Gruppe kubanischer Ärzte vorbei. Die aber hätten mit Sprachproblemen zu kämpfen.

Auch Itai Rusike, der Direktor des CWGH, verspricht nur wenig Hoffnung: „Wir können lediglich versuchen, die Gesundheitskatastrophe abzufedern.“ Rusike nennt Zahlen: Zwischen 24 und 35 Prozent der 12,7 Millionen Einwohner sind HIV-positiv, die Lebenserwartung ging in einem Jahrzehnt von 55 auf 35 Jahre zurück, pro Woche sterben 2.500 Menschen an Aids, nur 1% der Bedürftigen hat Zugang zu lebensverlängernden Medikamenten. Aufgeben will er dennoch nicht. „Die Ressourcen, die Simbabwe noch immer hat, müssen zu den Menschen kommen.“ Zuletzt hat das CWGH die Proteste gegen die Gebührenerhöhung im Gesundheitsbereich und einen Ärztestreik unterstützt.

Abläss und Rausch

Itai Rusike fährt durch die ausgestorbenen Straßen Harares. Dort, wo sich Menschen an den Kreuzungen sammeln, finden sich die profitabelsten Nischen in Mugabes Reich; Rusike meint die zahllosen Gottesdienste, die unter den großen Jacarandas-Bäumen abgehalten werden. „Wenn es ein Geschäft gibt, das in Simbabwe erfolgreich ist, dann ist es der Glaube.“ In tage-



Letzte Hoffnung Heiler: Wurzeln und Tierknochen als Aphrodisiaka für die Frau, Sirup als Wunderwaffe bei Aids.

langen Prozessionen ziehen selbstgeweihte Glaubenshändler den Menschen ihr letztes Geld aus der Tasche. Auch der Suff hat zugenommen. Simbawes größter Getränkehersteller meldet einen neuen Rekord: 300.000 Liter Bier pro Tag. Jüngst hat der 83-jährige Robert Gabriel Mugabe seine Kandidatur für die Wahlen 2008 angekündigt. Für seine Wiederwahl wurde die Pressefreiheit gesetzlich abgeschafft. Fortsetzung folgt.

Anne Jung

Projektstichwort

Die Community Working Group on Health ist ein neuer Projektpartner von medico. Der Dachverband von Ärzten und Gesundheitsarbeitern in Simbabwe setzt sich für das Menschenrecht auf Gesundheit ein und deckt Missstände im Gesundheitssystem auf. So hat er schon an manchen Orten eine Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung erreichen können. In der großen Misere von Simbabwe ein kleiner Lichtblick.
Spendenstichwort: **Simbabwe**

Kenia

United Colours of Health

In den armgehaltenden Ländern des Südens, besonders in den afrikanischen, ist für die Bevölkerungsmehrheit der Zugang zu kostengünstigen Arzneimitteln aufgrund unzureichender öffentlicher Gesundheitssysteme und unregulierter privater Arzneimittelmärkte tödlich verknappt. In cleverer Weise nutzt die Sustainable Healthcare Foundation in Kenia dagegen die neoliberalen Marktmechanismen durch ein landesweites Netzwerk von Volksapotheken, die einen bezahlbaren Zugang zu Arzneimitteln sicherstellen. Nach dem gleichen Franchise-System des weltumspannenden italienischen Pulloverproduzenten organisieren lokale Betreiber „Child and Family Wellness Shops“ (Kind- und Familiengesundheitsläden). Das Marketing, die Qualitätssicherung, die Lieferung der Medika-

mente und medizinischer Geräte sind mit der Sustainable Healthcare Foundation vertraglich vereinbart. Das Angebot reicht von Mutter-Kind-Kliniken mit ausgebildeten Krankenschwestern bis hin zu klassischen Apotheken. Das Personal bekommt ein Grundtraining im Umgang mit Medikamenten, dem Bestellsystem und mit Patienten. Die Shops bieten nicht nur kostengünstige Medikamente an, sondern auch lebenswichtige Präventions-Artikel, wie etwa Kondome, insektizid-behandelte Bettnetze (gegen Malaria) und Wasserdesinfektionstabletten. Ziel der Klinikapotheken ist ein landesweites preiswertes Arzneimittelangebot in lokaler Verankerung. Denn Gesundheit ist ein Grundrecht – auch für Arme.

Spendenstichwort: Gesundheit

Türkei

Der stille Kampf

Das Machtzentrum in der Türkei beginnt sich langsam zu verschieben. Lautstark versuchte eine schlagende Verbindung aus Stahlhelmdemokraten und Militärs ihr Zugriffsrecht auf das Amt des Staatspräsidenten zu sichern. Dreimal wurde der Kandidat Abdullah Gül im Parlament boykottiert, erst ein erneuter Erdbeben Sieg seiner AKP-Volkspartei bei Neuwahlen ermöglichte seine Ernennung zum ersten Staatspräsidenten der Türkei, der nicht der kemalistischen Staatsbürokratie entstammt. Neu im Parlament vertreten sind auch kurdische Parlamentarier, die für die Demokratisierung des autoritären Staatsverständnisses in Ankara eintreten. Dazu gehört für Muteber Ögreten, die Koordinatorin der Kampagne „Mayinsiz Bir Türkiye“ (Für eine minenfreie Türkei) auch die Landminenproblematik in der Türkei. Über zwei Jahre recherchierten Menschenrechtsaktivisten und

Studenten in deren Auftrag in kurdischen Provinzen, besuchten abgelegene Dörfer, sprachen mit Minenopfern und erstellten so eine erste Landkarte der tödlichen Altlasten des Krieges im Südosten. Dies alles geschah bewusst fernab der Öffentlichkeit, konnten doch Gemeindevertreter in den ehemaligen Ausnahmezustandsprovinzen nur unter Umgehung lokaler Militärkommandeure befragt werden. Nun aber finden sich die ermittelten Daten der Menschenrechtler nicht nur auf der weltweit abrufbaren Webseite der internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen, sondern sie sind auch ein weiteres Argument für den Kampf um die Rechte und gesellschaftliche Anerkennung kurdischer Kriegsoffer. Der Weg der Türkei nach Europa führt über Diyarbakir.

Spendenstichwort: Kurdistan



Bangladesch

Überleben unter Wasser

Bangladesch wurde in diesem Sommer, zeitgleich zum fünften Jahrestag der Oderflut, von den schwersten Überschwemmungen der letzten 16 Jahre heimgesucht. Die Bilanz: 450 Menschen starben, Straßen und Eisenbahnlinien sind bis heute unterbrochen, fünf Millionen Menschen sind obdachlos. Mediziner und Behörden befürchten einen weiteren Anstieg der Krankheits- und Todesfälle, weil sich durch verseuchtes Flusswasser Infektionen ausbreiten. Noch immer stehen durch den einsetzenden Monsun 30 Prozent der Landmasse unter Wasser. Und es fehlt an allem: Reis, Kindernahrung, Hygiene-Artikel. Mit Hilfe des medico-Nothilfefonds konnte unser lokaler Partner Gonoshasthaya Kendra (GK) seine Katastrophenhilfe ausdehnen. Aktuell sind 21 medizinische Teams in 17 Distrikten im Einsatz. Sie leisten medizinische Versorgung und verteilen Nahrungsmittel. Jedes Team behandelt pro Tag 300 bis 500 Patienten. Zusätzlich sollen

Setzt sich die Klimakatastrophe fort, wird Bangladesch am Ende des Jahrhunderts zu einem Drittel überflutet sein.

nun auch Baumaterial zur Reparatur der Häuser, Saatgut für die Bauern oder Tiernahrung bereitgestellt werden. Ohne Tiernahrung sind besonders die Armen gezwungen, ihr Vieh weit unter Wert zu verkaufen um sich z.B. Trinkwasser kaufen zu können.

Bangladesch erlebt die Boten des „global warming“. Gemeinsam mit den Malediven und etlichen pazifischen Inseln droht es zu verschwinden: Unser Atlantis des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Gonoshasthaya Kendra kann die Katastrophe allein nicht aufhalten. Sie gehört aber zu den großen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Bangladesh, die das Potential zur Aufklärung und zum Widerstand haben.

Spendenstichwort: Bangladesh

Afghanistan: Eine Frau der Kuchi-Nomaden stiehlt Weizen vom Feld eines Bauern in der Nähe von Gardez, südlich von Kabul. Die Nomaden der Kuchi sind zumeist Analphabeten und haben kaum Zugang zu Bildung oder Gesundheitsversorgung. In Familienverbänden ziehen sie von Region zu Region, um ihren Viehbestand zu ernähren, dabei sind sie in steter Gefahr zum Opfer von Landminen zu werden.

Die erfolgreichste Bürger

Vor 10 Jahren erhielt die Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen

Vor 10 Jahren, am 9. Dezember 1997, erhielt die Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen den **Nobelpreis**. Auch medico international nahm als einer der Initiatoren der Kampagne den Nobelpreis. 10 Jahre später bleibt der erfolgreiche Einsatz gegen diese Waffe ein Symbol dafür, dass **zivilgesellschaftliche Initiativen** tatsächlich globale Politik gestalten und reale Veränderungen erreichen können. Seitdem hat sich ein partielles **Waffenverbot**. Die internationale Staatengemeinschaft hat sich auch verpflichtet, in diesen Ländern umfassende und langfristige Programme zur Minenräumung und Opferrehabilitation zu finanzieren. In Afghanistan, Kambodscha, Bosnien – das sind nur ein paar der Länder, in denen diese „erfolgreichste Bürgerbewegung der Welt“ (Kofi Annan) **Bewegungsfreiheit** im direkten Sinne hat erreichen können.



Bürgerinitiative der Welt

gewinnt den Friedensnobelpreis – Ein Grund zum Feiern und zum Aufklären

...minen den Friedens-
preis in Oslo entgegen.
gesellschaftliche
...em gibt es nicht nur
...den verminten
...finanzieren. Angola,
...chste Bürgerinitiative

Aus Anlass des 10-jährigen Jubiläums hat medico international eine ganze Reihe von Materialien entwickelt, die für Schulunterricht und Informationsveranstaltungen über die weltweite Minenproblematik verwendet werden können. Dazu gehört eine Ausstellung von 8 DIN-A2 -Plakaten, die Daten und Fakten visualisiert; ein 15-minütiger Film, in dem medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer das politische Engagement gegen Landminen Revue passieren lässt und Bilddokumente von Aktionen sowie zeitgeschichtliche Aufnahmen zu sehen sind. Außerdem kann eine umfangreiche Zeitung bestellt werden, die den Sachstand, die Kampagne und die offenen Fragen analysiert und anschauliche Berichte aus den betroffenen Ländern liefert.

Das ganze Paket erhalten sie bei medico international –
telefonisch unter 069/94438-0 oder im Internet unter
www.medico.de

Im Lager Kirimuty (Batticaloa) leben ca. 1.200 tamilische Vertriebene aus Trincomalee. Ihnen droht die Umsiedlung in ein abgeschnittenes Dschungelgebiet.

Unterwegs, irgendwo, mit irgendwem

Notizen einer Reise durch den Bürgerkrieg auf Sri Lanka

Der folgende Reisebericht nennt keine Namen, weder die von Personen noch die von Orten. Natürlich gilt die Anonymität der Sicherheit der Menschen, von deren Alltag die Rede sein wird. Der Verzicht auf die Namensnennung macht aber auch kenntlich, dass die freie Rede das erste ist, was dem Kriegsrecht zum Opfer fällt. Werden dennoch Namen genannt, folgt dem Verbot der freien Rede der Zugriff auf Leib und Leben. Im Ausnahmezustand geschieht das am helllichten Tag, häufiger aber im Verborgenen. Auf Sri Lanka sind in den letzten achtzehn Monaten über tausend Menschen „verschwunden“, viele von ihnen wurden ermordet. Wir bereisen das Land, um Menschenrechts- und Friedensaktivisten zu treffen und zusammenzubringen.



Sri Lanka

Im Norden

Verantwortlich für die Entführungen sind alle Kriegsparteien: Sicherheitsdienste des singhalesischen Staates, tamilische Guerillas, Paramilitärs, die ihre Waffen dem überlassen, der dafür zahlen kann. Verantwortlich sind aber auch die Leute selbst. Im Norden erzählt man uns, dass es jetzt immer häufiger auch innerhalb der Nachbarschaften zu Entführungen kommt. Gerade weil die Armut längst blutiger Ernst geworden ist, sind die Lösegelder vergleichsweise niedrig. Man erzählt uns auch vom staatlich verordneten Benzinmangel. Die Regierung will so des Schmuggels Herr werden, der bedeutendsten Überlebensökonomie im Bürgerkrieg. Allerdings verkehren jetzt keine Schulbusse mehr, die Ration für Privatpersonen beträgt zwei Liter pro Woche. Die örtlichen NGOs bekommen etwas mehr, haben ihre Tätigkeit aber schon eingeschränkt. Wir haben noch Benzin und besuchen Siedlungsprojekte unserer Partner. Auf dem Rückweg winkt

uns eine Militärpatrouille zu sich, der Fahrer steuert den Wagen von der Straße ins Gelände. Wir sind in tamilischem Gebiet, die Soldaten Singhalesen. Harsch befiehlt man uns, den Wagen zu verlassen. Kaum stehen wir vor der Mündung der Gewehre, werden die Soldaten freundlich, als ob es ihnen Leid täte. Sie sind kaum zwanzig Jahre alt, wie meine tamilischen Begleiter. „Singhala?“, fragt ihr Offizier. „Tamil!“, antworten wir, und fragen dann unsererseits: „Tamil?“ Der Offizier schüttelt den Kopf, antwortet: „Singhala!“. Ratlosigkeit, dann die Frage: „English?“ Meine Begleiter verneinen: „Tamil!“ Ich weiß, dass sie englisch sprechen, der Offizier wohl auch. Nach Durchsicht unserer Pässe dürfen wir weiterfahren.

Im Osten

Glaubt man der Regierung, hat sie den Osten befreit. Unser Kollege lacht, versichert, dass er uns an jeder Ecke Kämpfer der Guerilla zeigen könnte. Es ist nicht dasselbe, ob eine Armee oder



Foto: medlio

eine Guerilla ein Gebiet räumt. Es hat Hunderte Tote gegeben, Zehntausende wurden vertrieben, haussen in Schulen, Tempeln, Zeltstädten. Wir besuchen eine Lagerhalle, seit Monaten schon Flüchtlingslager, dicht an dicht von Menschen bewohnt, die zur Untätigkeit gezwungen sind. Unsere Partner leisten medizinische Hilfe, behandeln Durchfall, Hepatitis, Denguefieber. Kein Mittel haben sie gegen die Depressionen, die fast wöchentlich jemanden in den Selbstmord treiben. Als die Kollegin erzählt, dass die Frauen schon seit Wochen kein Tuch mehr haben, das sie als Binde nutzen könnten, muss ich ein paar Schritte zur Seite gehen, manchmal hängt das Verstehen an scheinbar Nebensächlichem. Wir machen Fotos, nicht zur Erinnerung, sondern für die Presse. Medizinische Nothilfe und Menschenrechtsarbeit sind für unsere Partner nicht zu trennen.

Weiter nördlich

Die tropische Abenddämmerung hat die Stadt binnen weniger Minuten in Dunkelheit getaucht und in tiefes Schweigen. Zwar herrscht keine Ausgangssperre, doch sind die Läden verrammelt, die Straßen verlassen. Wir fahren ins Hotel, wo wir mit drei Anwälten verabredet sind. Die Kollegen verteidigen Flüchtlinge, Vertriebene, Überlebende von Anschlägen. Wir sitzen auf der Dachterrasse, sehen über die wenigen Lichter der Stadt, es gibt ein scharfes Curry. Wie oft sie „verwarnt“ wurden, vom Militär und von der Guerilla, wollen sie gar nicht mehr zählen. Vielleicht liegt es daran, dass sie sich dem Schweigen verweigern. Das Gespräch kreist um nächste Schritte, denn unter Kriegsrecht macht es wenig Sinn, an den Nachkrieg zu denken. Ein Fortschritt wäre es, wenn die Regierung nicht länger von den USA, von Japan und der EU gedeckt würde. Die Kollegen werden uns regelmäßig Informationen senden, die wir hier weitergeben können, an die

Medien, bestimmte Abgeordnete, die zuständigen Ministerien. Plötzlich sind Detonationen zu hören, so laut, als träfen die Einschläge Häuser in der Nachbarschaft. Am nächsten Tag hören wir von einem Gefecht fünfzig Kilometer außerhalb der Stadt. Beide Seiten beanspruchen, dem Gegner schwere Verluste beigebracht zu haben. Die Anwälte reisen weiter in den Norden, zu einem Verfahren gegen Militärs, die auf Flüchtlinge geschossen haben. Wir bleiben noch einen Tag, nehmen an einer öffentlichen Veranstaltung zur Menschenrechtslage teil, zu der vierzig Leute zusammengekommen sind. Viele sind das nicht. Die genaue Einwohnerzahl der Stadt ist nicht bekannt, da allein in den letzten Jahren mehrere zehntausend Flüchtlinge zugezogen sind. Immerhin lässt das Kriegsrecht solche Versammlungen noch zu. Der Kollege, der zu den Leuten spricht, tut das in seinem eigenen, überall im Land bekannten Namen. Stieße ihm etwas zu, würde dies auch in Washington, Tokio und Brüssel für Unruhe sorgen. Eine Lebensversicherung ist das nicht.

In der Hauptstadt

Die Sicherheit der Kommunikation ist eines der größten Probleme der Menschenrechtsarbeit. Das betrifft die Aktivisten vor Ort und den Schutz der Zeugen, aber auch die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen und Wissen zusammenzutragen, um gemeinsam handeln zu können. Im Ausnahmezustand verbreiten sich vertrauenswürdige und vertrauliche Nachrichten nur über weite Umwege, müssen manchmal erst ins Ausland geschickt werden, um sicher anzukommen. Das will organisiert sein und verlangt deshalb Treffen in Büros, in Restaurants, in Wohnungen. Für die nächste Zeit verabreden wir eine ganze Reihe solcher Begegnungen, im Norden, im Osten und sogar im singhalesischen Süden. Kein Kriegsrecht kann das verhindern, auch das auf Sri Lanka nicht.

Thomas Seibert

Projektstichwort

Für die Menschenrechtsarbeit in und zu Sri Lanka sowie für medizinische Nothilfe zugunsten der Bürgerkriegsflüchtlinge bitten wir Sie um Unterstützung. Spendenstichwort: Sri Lanka

Sommer unterm Zuckerhut

Schlaglichter aus einem Land der Zukunft: zwischen städtischer Gewalt, übermächtigem Agrobusiness und Patentstreit

Die schlechte Nachricht

Die Ankunft in Rio ist immer gut für ein Déjà-Vu. Vor zwei Jahren sprangen einem schon im Flughafengebäude die Schlagzeilen über einen Polizeieinsatz in einem Elendsviertel entgegen, bei dem 30 Menschen ums Leben kamen. Dieses Jahr war die Favela Alemão, mitten in Rio gelegen, in der Headline. Der Stadtteil mit 200.000 Einwohnern befand sich in diesem Sommer wochenlang im Belagerungszustand: ohne Strom, alle Schulen und Kindergärten geschlossen. Die Polizei-Bilanz der „Schlacht“ gegen das Comando Vermelho (Rotes Kommando) 16 Tote und 56 Verwundete. Großformatige Bilder von schwer bewaffneten Polizisten, die ihr Gewehr im Anschlag auf eine offenbar schutzlose Person richteten, schmückten die Titelseiten der lokalen Tageszeitungen. Doch was für den Fremden wie eine Reinszenierung bereits gesehener Bilder von Ohnmacht gegen Übermacht darstellt, bedeutet in Brasilien nichts weiter als die Suggestion von Sicherheit.

„Sprich nicht von Krieg“, warnen der Rechtsanwalt Nilo Batista und die Kriminologin Vera Malaguti, die vor 2 Jahren auf dem Symposium der medico-Stiftung einen Vortrag zum Thema „Die soziale Konstruktion der Angst in Rio“ gehalten hatte. In Brasilien, so Nilo und Vera, rede die Staatsmacht von „Krieg“ oder von „Kreuzzug gegen die Drogenhändler“ und rechtfertige mit dieser Metapher die Barbarei: „Denn in einem Kreuzzug gibt es keine Regeln.“ Terroristen und Drogenhändler sind so quasi „vogelfrei“. Das Fernsehen liefert dazu täglich Live-Berichte wie eine Horror-Telenovela. Von der „guten“ Seite der Polizei aus berichten Journalisten, wie Drogenbanden ausgehoben werden. Die dabei gefundenen Waffenarsenale werden schön drapiert vor der Kamera ausgestellt. Aus dem Off kommt dazu ein Kommentar mit leichtem Drama in der

Stimme darüber, mit welchem Wagemut die Polizei gehandelt habe.

Angriffe wie in Alemão sind Ausdruck der grassierenden Rechtsbeugung. Dass Unschuldige bei diesen – noch dazu kontraproduktiven – Polizeiaktionen zu Tode kommen, erregt nur wenig Protest. Es handelt sich eben um arme Leute. Und doch: Aus dem Kampf gegen die Militärdiktatur ist die Antifolterorganisation „Tortura – nunca más“ geblieben, erinnert Vera Malaguti. Die darin organisierten Männer und Frauen haben begonnen, mit Favela-Familien zu arbeiten, deren Angehörige im Gefängnis misshandelt wurden. Früher, sagt Nilo Batista, waren die Soziologen die rebellierenden Studenten. Heute kommen sie aus der Rechtswissenschaft. Kongresse mit über 1.000 Studierenden, die sich mit der Rechtsbeugung beschäftigen, sobald es um Armutskriminalität geht, sind keine Seltenheit. Selbst in der Rechtsanwaltskammer werden die Stimmen immer stärker, die sich gegen das ungleiche Recht zur Wehr setzen. So hat die schlechte Nachricht noch ein gutes Ende bekommen.

Die gute Nachricht

Schon die E-Mail, die die brasilianische Vorkämpferin für preiswerte AIDS-Medikamente Eloan Pinheiro an medico verschickt hatte, vermittelte die Bedeutung des Ereignisses. „Ein großer Sieg“, schrieb sie knapp: „Brasilien hat zum ersten Mal eine Zwangslizenz verhängt.“

Seit Beginn der 90er-Jahre kämpfen AIDS-Aktivistinnen darum. Denn mit einer Zwangslizenz ist die Produktion von wirkstoffgleichen Medikamenten unter Umgehung des Patentes möglich, wenn es im nationalen gesundheitlichen Interesse ist. Die Verhängung der Zwangslizenz für Efavirenz, einen Wirkstoff der 2. Generation der AIDS-Präparate, ermöglicht nun den Einkauf von



TV-Globo live aus den urbanen Todeszonen, der Favela Alemão (Rio de Janeiro).

Foto: CMI Brasil

sorgung aller AIDS-Patienten kann Brasilien nur nachkommen, wenn es gelingt, die eigene Medikamentenproduktion wieder anzukurbeln. Efavirenz, so hofft Pisarelli, ist erst der Anfang.

Neue Gegner

Wenn die roten Fahnen wehen, dann trifft sich die größte soziale Bewegung Brasiliens – das

preiswerten Generika-Medikamenten in Indien oder Thailand. In zwei Jahren soll am Zuckerhut das Medikament selbst produziert werden. Ein Meilenstein für die AIDS-Bewegung, nicht nur in Brasilien.

Ein Aktivist der ersten Stunde ist Carlos Pisarelli, Leiter des internationalen Programms für technische Zusammenarbeit im Gesundheitswesen. „Ich habe bis zum Schluss nicht daran geglaubt, dass Lula die Zwangslizenz unterschreiben wird“, meint er. Der zurückhaltende Mittvierziger mit graumeliertem Haar und freundlichen Augen sitzt hinter seinem aufgeräumten Schreibtisch in einem Großraumbüro des Gesundheitsministeriums in Brasilia. Er kennt auch die Vorgeschichte: die gescheiterten Verhandlungen mit dem Patentbesitzer von Efavirenz, dem US-Pharma-Giganten Merck. Bis dato hatte das Unternehmen das brasilianische Gesundheitssystem mit dem Medikament beliefert. In den letzten Verhandlungen forderte Brasilien erhebliche Preisnachlässe. Merck, berichtet Pisarelli, habe aber lediglich eine Reduktion von zwei Prozent angeboten. Nach wochenlangem Ringen war der Multi zu einem minimalen 5-prozentigen Preisnachlass zu bewegen, aber nur bei entsprechender Nachfrage: Pro 5.000 Patienten – 5 Prozent weniger. Da setzte der neue Gesundheitsminister Temporão der Schacherei um die Gesundheit ein Ende und erreichte die Verhängung der Zwangslizenz. Dahinter steht auch eine einfache Rechnung: Die Kostenersparnis liegt im Einkauf bei etwa 60 Prozent. Dem verfassungsmäßigen Auftrag zur Ver-

MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra - Bewegung der Landlosen). 17.500 Frauen und Männer mit roten Mützen, Fahnen und Hemden lieferten auf dem MST-Kongress im Sommer 2007 ein selten gewordenes Bild von Rebellion.

Alle 5 Jahre tagt diese Mammutveranstaltung, die weniger Konferenz denn überdimensionierte Familienfeier ist. In großen Zelten präsentieren sich die Bundesstaaten mit ihren Produkten, die in den 5.000 beim MST organisierten Siedlungen und Besetzungen hergestellt werden. Davor aufgebaut kleine Bühnen, auf denen am Abend von Foro bis Samba landläufige Musik gespielt und typische Gerichte gereicht werden. Auch für uns ein Familientreff. Im zentral gelegenen zirkuszeltgroßen Treff der MST-Gesundheitssektion begegnen wir Paolo Ueti und Gisley Knierim, alten Bekannten, mit denen medico Gesundheitsprojekte in Maranhão und jetzt in Ceará unterstützt. Geht es in Maranhão um präventive, auf die Bedingungen von MST-Siedlungen angepasste Maßnahmen zur Aufbereitung von Trinkwasser und Abwasser, so ist es im nordöstlichen Ceará die Produktion von alternativen, pflanzlichen Heilmitteln. Auch der Arzt Nathan Kamliot, mit dem medico in vielen Projekten in Mittelamerika zusammenarbeitete, schaut im Zelt vorbei. Und keiner wundert sich, dass wir uns hier begegnen.

In dieser gelassenen Atmosphäre zwischen AIDS-Aufklärungsbroschüren, von denen so eifrig Gebrauch gemacht wird wie von dazu ange-



Foto: MST

Die Bewegung der Landarbeiter ohne Boden (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra) auf ihrem Weg zum 5. Kongress in Brasília.

botenen bunt verpackten Präservativen, und den Gerüchen der Volksküchen könnte fast untergehen, dass der Kongress zum ersten Mal einige fundamentale Veränderungen formulierte. Denn seit die Präsidenten Lula und Bush sich auf ein Abkommen zur Produktion von Biotreibstoff verständigt haben, haben sich auch die Ausgangsbedingungen für das MST grundlegend geändert. „Die Vorschläge zur Agrarreform, um deren Verwirklichung das MST seit 20 Jahren kämpft, sind nicht mehr zur realisieren“, erklärte der bekannteste Führer des MST, João Pedro Stedile, in seiner Rede. Eine neue Agrarreform muss deshalb her, die nicht mehr allein auf die Enteignung ungenutzter Flächen abzielt. Im Zuge der Entwicklung von Biotreibstoffen werden brachliegende Flächen für das Agrobusiness und internationale Großkonzerne wie Monsanto wieder interessant. Und die Regierung stützt das mit eifrigen Subventionen und Krediten. „Die glauben schon, dass Brasilien mit Biodiesel zum neuen Saudi-Arabien werden könnte“, meint kopfschüttelnd eine Landwirtschaftsexpertin.

der Exportorientierung und eine Stärkung der Produktion für den Binnenmarkt. Das alles ist eine Kampfansage an den Neoliberalismus, der mit dem Agrobusiness sehr einflussreich ist. Das MST bleibt dabei immer pragmatisch. Die Bewegung kann sich durchaus vorstellen Biotreibstoff zu produzieren, um „die lokale Energieautonomie“ zu fördern. Sie erhält sich damit auch einen Zugang zu den günstigen Biotreibstoffkrediten der Regierung. Die Auseinandersetzung wird allerdings nicht einfacher. Die neuen Gegner heißen Monsanto und Nestlé. Sie verfügen über mehr Macht und gute internationale Beziehungen als die alten Latifundien-Besitzer. Es geschieht in dem Bewusstsein, dass die Monokulturen des Biotreibstoffs ein neues Bauernlegen verursachen könnten. Dann gibt es nur zwei Überlebensebenenmöglichkeiten: Ein Job als Landarbeiter in den großen Soja- und Zuckerrohrplantagen oder die Flucht in die Armenviertel der Städte – in gewalttätige Verhältnisse inklusive eines Sicherheitsdiskurses, der lebensgefährlich ist.

Katja Maurer

In Brasília beschloss das MST deshalb eine neue Agrarstrategie, darunter die „Demokratisierung des Landbesitzes“. Die Entstehung von Monokulturen und Großgrundbesitz soll durch die Größenlimitierung der Nutzflächen verhindert werden. Die Entwicklung einer umweltfreundlichen Landwirtschaft hat sich das MST schon lange auf die Fahnen geschrieben, nun aber fordert die Landlosenbewegung explizit ein Ende

Projektstichwort

Seit 2005 kooperiert medico mit der brasilianischen Landlosenbewegung MST im Bereich der Basisgesundheitsversorgung. Unter anderem unterstützen wir die Produktion von alternativen, pflanzlichen Heilmitteln in einer MST-Siedlung im nordöstlichen Ceará. Nicht nur gut für die Gesundheit, sondern auch ein Versuch, Arbeitsplätze zu schaffen. Spendenstichwort: **Brasilien**

Zeit ist Geld

Ein indisches Gericht lehnt die Klage des Pharmakonzerns Novartis gegen das Patentgesetz ab. Das Urteil könnte einen Paradigmenwechsel in der Patentdebatte einleiten.

Zeit ist ein Geschenk“ – mit diesem Slogan wirbt der Schweizer Pharmakonzern Novartis für sein lebensverlängerndes Krebsmittel Glivec. Damit dieses Geschenk in Indien lange lukrativ bleibt, klagte der Pharma-Multi vor dem Chennai High Court in Indien.

Die Klage richtete sich gegen das indische Patentgesetz, das im Jahr 2005 vom Parlament verabschiedet worden war. Danach erhalten nur wirklich neue, innovative Medikamente Patentschutz, ausgenommen sind dagegen die so genannten Me-too-Präparate, die zur Verlängerung des Patentschutzes geringfügig verändert wurden. Novartis hatte argumentiert, dass Indien dem WTO-Abkommen über intellektuelles Eigentum – dem so genannten Trips-Abkommen – seit 2005 beigetreten sei. Dieses Abkommen sehe für alle neuen Medikamente einen Patentschutz vor.

Das Oberste Regionalgericht folgte nun der Argumentation von vier indischen Generika-Herstellern und einer Krebspatienten-Organisation, die die Meinung vertreten, dass das Gericht gar nicht die Kompetenz habe, über den Fall zu entscheiden. Falls Novartis eine Verletzung des Trips-Abkommens sehe, müsse der Konzern sich an das Schlichtungstribunal der WTO wenden. Da die WTO aber eine supranationale Staatenorganisation ist, können nur Staaten vor die Welthandelsorganisation treten. In diesem Fall wäre das die Schweizer Regierung, aber es ist unwahrscheinlich, dass sie sich in den Novartis-Streit mit Indien einmischet.

Was auf den ersten Blick wie ein weiterer Streit um die Vermarktung eines Medikamentes er-

scheint, ist viel, viel mehr. Es ist eine historische Zäsur.

Der Paragraph 3 (d) des indischen Patentrechtes schränkt in Übereinstimmung mit dem Trips-Abkommen eine weit verbreitete Praxis der Pharmaindustrie ein, die den Konzernen langfristig Gewinne sichert. Faktisch sind zwei Drittel aller „neuen“ Medikamente, auch bei uns, lediglich leicht veränderte Versionen oder neue Anwendungsgebiete bekannter Wirkstoffe. Unter dem Signet „Neu“ verlängern die Konzerne mit diesem Trick ihren Patentschutz und damit das Alleinvermarktungsrecht ihrer Produkte. Zeit ist Geld. Denn je länger ein Patent gilt, umso länger sind Monopolstellung und Gewinne gesichert.

Die Entscheidung des indischen Gerichtes verweist nicht nur auf eine äußerst fragwürdige Praxis der Pharmaindustrie Patente zu verlängern. De facto vereitelt sie den Versuch von Novartis, die lästigen Konkurrenten der Generika-Medikamente aus Indien, Brasilien, Thailand mit der Ausweitung des Patentzeitraums vom Markt zu drängen. Denn letztlich ging es bei der Klage auch um das Verbot von generischen Kopien der Wirksubstanz von Glivec, Imatinib Mesylate, die indische Pharmafirmen für ein Zehntel des Original-Preises auf den indischen Markt gebracht hatten.

Indien, das weltweit 70 % aller wirkstoffgleichen Kopien von teureren Markenarzneien gegen Aids oder Krebs herstellt, darf vorerst weiter produzieren. Die Apotheke der Armen bleibt geöffnet. Auch ein Beweis dafür, was internationale Solidarität bewirken kann: insgesamt 420.000 Unterschriften wurden weltweit von NGOs, Patienten-

Neue Künste

Eigentumsrechte auf menschliches Gewebe / John Moore

Die Verwendung menschlichen Gewebes war seit Beginn des anatomischen Sezierens umstritten. In der Renaissance trafen das zunehmende Interesse an Anatomie und das Verbot des Sezierens aufeinander und Leichenräuberei wurde zum einträglichen Geschäft. Seit das wirtschaftliche Potenzial menschlichen Gewebes in das Blickfeld von Konzernen geriet, leben ethische und klassenspezifische Spannungen in neuer Dimension wieder auf. Es gibt keine eindeutigen Gesetze, welche die Verwendungen von Zellen, Geweben, und Genen regeln; Menschen sind durch die Patentierbarkeit ihrer Gene längst zu Goldgruben geworden, auf denen Firmen bereits ihre DNA-Claims abzustecken beginnen. Zum bekanntesten Fall bezüglich der Rechte auf den eigenen Körper wurde der von John Moore. 1976 wurde dem an Leukämie erkrankten Patienten die Milz entfernt. In dem kranken Organ fand sein Arzt Lymphozyten (weiße Blutkörperchen), die ungewöhnliche Immunstoffe produzieren und ließ sich diese genetischen Nuggets ohne Moores Wissen oder Einverständnis patentieren. Der Arzt verkaufte die Rechte für 35 Millionen Dollar an das Schweizer Pharmaunternehmen Sandoz, später Novartis, das aus dem Stamm der „Mo“-Zelle krebshemmende Medikamente herstellt. Moore wurde argwöhnisch, als Krebspezialisten der Klinik ihm sieben Jahre lang immer wieder Proben seines Blutes, Knochenmarks, seiner Haut und seines Spermas entnahmen. 1984 verklagte er die Klinik wegen Raubes seiner menschlichen Essenz. Sein Arzt machte geltend, Moore habe das Interesse an seinen Körperteilen dadurch abgetreten, dass er eine allgemeine Einverständniserklärung unterschrieben habe. Das Gericht wies Moores Antrag ab und argumentierte, dass, würde man ihm das Eigentumsrecht auf seinen Körper zuerkennen, dies „den wirtschaftlichen Anreiz zu wichtigen medizinischen Forschungsvorhaben zerstören würde“. Wissenschaftler sprechen bereits offen von Genen als der „Währung der Zukunft“.

(Quelle: Dorothy Nelkin, Project Syndicate)

vereinigungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen das Vorgehen von Novartis gesammelt!

Gnade vor Recht?

Die Klage von Novartis offenbart auch einen Widerspruch. Einerseits verkündet Novartis: „Hohe ethische Standards sind für die Geschäftstätigkeit von entscheidender Bedeutung. Wir pflegen und fördern eine Unternehmenskultur, in der ehrliches, gesetzeskonformes und integrires Verhalten als Schlüssel zum Erfolg gilt.“ Daniel Vasella, Leiter des Pharmariens Novartis, sollte dafür Garant sein. Er erhielt (fast) alle Preise für ethische Geschäftsführung. Unter seiner Ägide beteiligt sich der Konzern mit großen Summen an Programmen zu preiswerter oder gar kostenloser Medikamentenabgabe. Zugleich scheut Novartis keine Mittel seine Monopolstellung auf Jahre zu sichern.

Der Name Novartis kommt von lateinisch *novae artes*, „neue Künste“. In seiner Interpretation von Ethik verdient der Konzern diesen Namen allemal. Auf der einen Seite die Geste des großzügigen Spenders, auf der anderen Seite die knallharte Kalkulation, die selbst das Leiden und den Tod von Patienten in Kauf nimmt.

„Zeit ist ein Geschenk“. Wir dachten eigentlich, dass sich dieser Slogan auf das Wohl der Patienten bezieht. Längere Patentlaufzeit, längere Gewinngarantie. Da hat Novartis Recht. Zeit ist Geld.

PS.: Am 22. August sagte Daniel Vasella in der Financial Times: „Das Gerichtsurteil ist keine Einladung, in Indien in die Forschung und Entwicklung zu investieren, was wir getan hätten.“ Man werde in Ländern investieren, in denen die Interessen des Konzerns geschützt würden.

Christoph Goldmann

Etappensieg in Sachen Nevirapine

Boehringer macht Zugeständnisse

Der Protestaufruf gegen den Patentantrag des Pharmakonzerns Boehringer in Indien, den wir im medico-Rundschreiben 1/2007 veröffentlichten, hat viel Resonanz und Unterstützung hervorgerufen. Die Forderung an das rheinlandpfälzische Pharma-Unternehmen, seinen Patentantrag auf den Nevirapine-Sirup für die Behandlung von HIV-positiven Kindern zurückzunehmen, haben mittlerweile 9.000 Menschen unterschrieben. Neben medico international und der BUKO Pharma-Kampagne beteiligten sich auch Attac am Unterschriftensammeln.

Der öffentliche Druck zeigt Wirkung. In einem Schreiben an medico international und andere Organisationen, die sich für ein patentfreies Nevirapine engagieren, sicherte Boehringer Ingelheim zu, indischen Produzenten freiwillige, kostenlose Lizenzen für den Nevirapine-Export nach Afrika und in andere "low income countries" zu erteilen. Dies ist ein erster Erfolg, denn Boehringer verzichtet damit de facto auf die Durchsetzung des Patentrechts und auf Lizenzgebühren für bestimmte Länder. Arme Menschen in Ländern mit mittlerem Durchschnittseinkommen wie z.B. Russland profitieren allerdings von dieser Regelung nicht.

Trotz dieser Zugeständnisse ist Boehringer bisher nicht bereit, seinen Patentantrag in Indien zurückzuziehen. Der Konzern will offenkundig sein vermutetes Patentrecht durchsetzen, auch wenn er es im Fall von Nevirapine gar nicht anzuwenden gedenkt. Es geht also um einen Präzedenzfall, der im Zusammenhang mit den internationalen Auseinandersetzungen um globale Patentregeln zu sehen ist. Ein Schauplatz dieses Konflikts ist Indien, wo seit 2005 die Patentregeln der Welthandelsorganisation (WTO) gelten. Vor indischen Gerichten entscheidet sich derzeit die

Frage, welche Auswirkungen das auf die Pharmaproduktion des Landes haben wird und ob es internationalen Unternehmen gelingt, Patentgesetze westeuropäischen und nordamerikanischen Zuschnitts durchzusetzen. Mit den bekannten Folgen für die Höhe der Medikamentenpreise und den Einschränkungen des Zugangs für ärmere Menschen.

Anders als im Fall Novartis (siehe Artikel auf Seite 23) geht es Boehringer darum, Patente auf Medikamente zu erlangen, die bereits vor Inkrafttreten der neuen WTO-konformen Patentgesetzgebung in Indien als wirkstoffgleiche Kopien (Generika) hergestellt wurden. Gelingt es nun Boehringer seinen Patentantrag durchzusetzen, könnten alle Medikamente, die wie Nevirapine zwischen 1995 und 2004 auf den indischen Markt kamen, durch die nachträgliche Patentanmeldung eine Restpatentlaufzeit erhalten. Die Patentinhaber könnten so die indische Generikaproduktion erheblich einschränken und die Preisgestaltung dieser Medikamente kontrollieren.

Um den dauerhaften Zugang armer Menschen zu bezahlbaren, unentbehrlichen Medikamenten weltweit zu garantieren, geht deshalb auch die Unterschriftenaktion von medico international, BUKO Pharma-Kampagne und Attac weiter. Wenn wir die gesammelten Unterschriften am 1.12.2007, dem Welt-Aids-Tag, an Boehringer übergeben, hoffen wir, dass es mit Ihrer Unterstützung mehr als 10.000 sein werden. Alle Möglichkeiten zum Mitmachen (Online-Unterschrift, Unterschriftenlisten zum Download oder zum Bestellen) finden Sie auf www.medico.de.

Bernd Eichner



G8 später: documenta zwölf

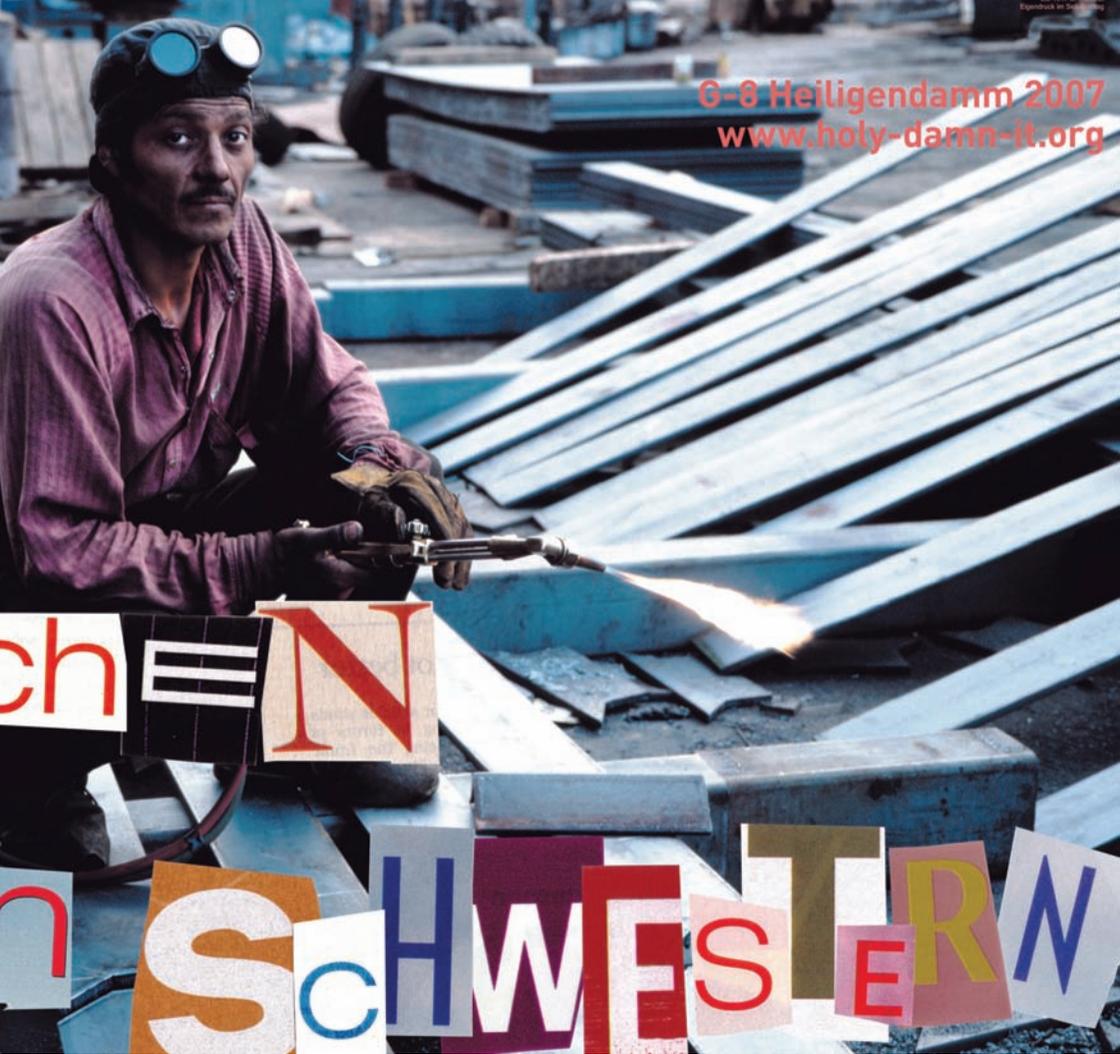
Am Kasseler Bahnhof Wilhelmshöhe erinnert eine großformatige Plakatwand die Reisenden an ein erst kurz zurückliegendes Ereignis: Eine Woche vor Eröffnung der documenta 12 fand in Heiligendamm das Gipfeltreffen der G8 statt. Ist es den Protestierenden gelungen, die Legitimität der G8 in Frage zu stellen und ihnen eine breite Mobilisierung entgegenzusetzen? Oder waren die Sicherheitskräfte erfolgreich darin, die Bündnisse zu spalten und zu kriminalisieren? Allan Sekulas „Alle Menschen werden Schwestern“ sollte einen Beitrag dazu leisten, den Widerstand gegen den G8-Gipfel zu stärken. Es ist Teil der Kampagne „Holy Damn It“, an der sich zehn KünstlerInnen mit Plakatentwürfen beteiligt haben, die in einer Auflage von je 5.000 Exemplaren gedruckt und verteilt wurden.

Das mögliche Subjekt der Revolution, hier ein mexikanischer Werftarbeiter in der Produktion von Hyundai, wird von einer Variation der berühmten Liedzeile aus Friedrich Schillers Ode „An die Freude“ umtänzelt. Sie erinnert daran, dass die im heroischen Pathos der Aufklärung verheißene Brüderlichkeit bisher uneingelöst geblieben ist – und dass sich ihre Vorzeichen geändert haben: Postkoloniale und feministische Perspektiven spielen für die Formulierung der globalisierungskritischen Bewegung eine tragende Rolle. Lokale soziale Kämpfe werden als Spaltungslinien der neoliberalen Gesellschaftsordnung begriffen. Doch die mediale Darstellung verengt die Heterogenität der Protestbewegungen oft genug auf einen Schwarzen-Block-Machismus, sie konzentriert sich auf spektakulären „Gipfeltourismus“ und ignoriert die lokalen AkteurInnen. „Alle Menschen werden Schwestern“ verweist auf die ständige existenzielle



Spannung zwischen heterogener Bewegungsbildung und simplifizierter Außenwahrnehmung und behauptet dennoch: Wir werden solidarisch sein ... sisters gonna work it out. Wanda Weiczorek (Documenta 12, Katalog)

medico förderte dieses Kunstprojekt und war auf dem Alternativkongress zum G8 in Rostock präsent. Unsere Gipfelnachlese und neue Termine von „Holy Damn It“ auf: www.medico.de



G-8 Heiligendamm 2007
www.holy-damn-it.org

was_wann_wo

14. November 2007, Bonn:

Wenn nichts passiert, ist viel erreicht!

Ein Symposium des „Bündnis Entwicklung hilft“ (Brot für die

Welt, Welthungerhilfe, terre des hommes, medico international, Misereor) über nachhaltige Entwicklung als Katastrophenvorsorge, 9.30 – 18.00 Uhr, Gustav-Stresemann-Institut, Bonn. **Weitere Informationen unter:** www.entwicklung-hilft.de

30. November/1. Dezember 2007, Berlin:

Gerechtigkeit, Gleichheit, Partizipation – 30 Jahre Primary Health Care

Wie schon Tradition führt medico international auch dieses Jahr auf der turnusmäßig stattfindenden Konferenz „Armut und Gesundheit“ vier Workshops durch. Gesundheitsbewegte und -Experten aus Nicaragua, Bangladesh, Schweden, China und Deutschland diskutieren über 30 Jahre Erfahrung aus der „Gesundheit für Alle“-Bewegung. Die Gesundheitsbewegung als Bestandteil der globalen 68er-Erfahrung wird von damals Beteiligten genauso erörtert wie die Umsetzungsbemühungen einer auf Gleichheit basierenden Gesundheitspolitik damals und heute. 30.11.07, 10.00 Uhr – 1.12.07, 12.00 Uhr, Rathaus Schöneberg. **Weitere Informationen unter:** www.medico-international.de

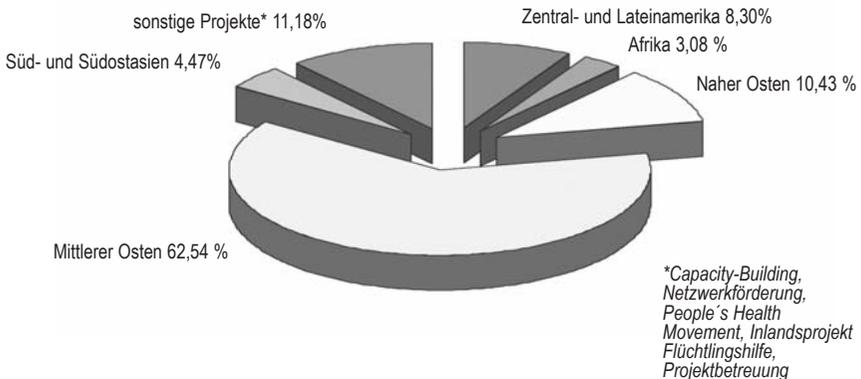
Jahresbilanz 2006

2006 hat medico international 2.199.979,80 Euro Spenden für Projekte eingenommen. Im Verhältnis zum Vorjahr (3.035.558,20 Euro in 2005) ist das ein Spendenrückgang. Das war allerdings auch gar nicht anders zu erwarten, da das hohe Spendenaufkommen 2005 aus den Zuwendungen durch den Tsunami resultierte. Die Zusammenarbeit mit unseren Projektpartnern vor allem auf Sri Lanka bleibt allerdings nach wie vor von hoher Bedeutung, auch wenn es jetzt nicht mehr um Nothilfe nach einer Naturkatastrophe, sondern um Friedens- und Menschenrechtsarbeit unter den Bedingungen von Krieg und drohender Diktatur geht. Erfreulich ist die nochmalige Zunahme der Mittel aus Fördermitgliedschaften. Über hundert neue Fördermitglieder stellen ihre Spende regelmäßig medico zur freien Verfügung. Das ist eine sehr gute Grundlage für langfristige Projektförderungen und eine stabile Zusammenarbeit mit unseren Partnern im globalen Süden. Zugenommen hat die Höhe der Zuschüsse für Projekte, die 2006 bei 4.171.088,98 Euro lagen (3.710.767,30 Euro im Vorjahr). Aufgewendet wurden diese Mittel im Wesentlichen für die Minenräumprogramme in Afghanistan (Auswärtiges Amt), für die Projektarbeit in Palästina (ECHO und Auswärtiges Amt) und für die Arbeit unserer Partner im kriegszerstörten Libanon (Auswärtiges Amt). Das von erwerbslosen Landarbeitern getragene Wiederansiedlungsprojekt im nicaraguanischen Palmerita unterstützen wir mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Ausgaben

Für die Projektarbeit hat medico im vergangenen Jahr 6.268.334,77 Euro aufgewendet. Neben den Minenräumprogrammen in Afghanistan (3.797.133,78 Euro) zählten die Projekte in Palästina (453.115,89 Euro), im Libanon (128.701,25 Euro) in Nicaragua (290.773,79 Euro), Guatemala (167.899,29 Euro) und Sri Lanka (160.172,97 Euro) zu unseren größten Vorhaben. Die Öffentlichkeitsarbeit ist bei medico international Satzungsziel. Für unsere kritischen Interventionen in den gesellschaftlichen Diskurs im eigenen Land wie in der internationalen Öffentlichkeit wendeten wir 771.689,37 Euro auf, was einem Anteil von 10,16% der Gesamtausgaben entspricht.

Projektausgaben nach Regionen:



EINGÄNGE 2006

Einnahmen für Projekte

Geldspenden	2.199.979,80 €
Geldspenden von Bündnis	129.767,97 €
Zuschüsse - öffentliche Geldgeber	4.072.389,86 €
Zuschüsse - nicht öffentliche Geldgeber	98.699,12 €
Zuwendungen der stiftung medico international	29.099,00 €
Vermächtnisse	87.762,83 €
Bußgelder	7.500,00 €
Zinserträge	45.906,06 €
Sonstige Einnahmen	5.052,73 €

6.676.157,37 €

Öffentlichkeitsarbeit

(Zuschüsse für Kampagnen, Geldspenden, Einnahmen aus Infomaterial-Verkauf, Zuwendungen der stiftung medico international)	113.883,78 €
--	--------------

Verwaltung

(Mitgliedsbeiträge, Bundesamt für den Zivildienst, etc.)	10.713,88 €
---	-------------

Eingänge insgesamt 6.800.755,03 €

RÜCKLAGEN

nach § 58 Nr. 6 der Abgabenordnung (AO), Stand: 01.01.2006	2.174.561,79 €
- für Projekte, die in 2005 vom Vorstand beschlossen wurden, der Mittelabfluß zum 31.12.2005 jedoch noch nicht oder nur teilweise erfolgen konnte.	

Freie Rücklage nach § 58 Nr. 7 der Abgabenordnung (AO)	320.000,00 €
---	--------------

BESTAND

am 01.01.2006	857.955,87 €
---------------	--------------

HAUSHALT 2006 10.153.272,69 €

AUFWENDUNGEN 2006

Projektkosten	6.268.334,77 €
Öffentlichkeitsarbeit	771.689,37 €
Verwaltung	554.076,96 €

Aufwendungen insgesamt 7.594.101,10 €

RÜCKLAGEN

nach § 58 Nr. 6 der Abgabenordnung (AO), Stand: 31.12.2006	1.730.121,74 €
- für Projekte, die in 2006 vom Vorstand beschlossen wurden, der Mittelabfluß zum 31.12.2006 jedoch noch nicht oder nur teilweise erfolgen konnte.	

Freie Rücklage nach § 58 Nr. 7 der Abgabenordnung (AO)	320.000,00 €
---	--------------

BESTAND

am 31.12.2006	509.049,85 €
---------------	--------------

HAUSHALT 2006 10.153.272,69 €

Hinweise 03 | 2007

Spendeninformation

Adressänderung Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Anschrift auch Ihre alte Adresse und/oder die Spendernummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

Einmalige Spende Wenn Sie uns eine Spende überweisen und Sie dafür das dem Rundschreiben beiliegende Zahlungsformular verwenden, reicht zur Einreichung bei den Finanzämtern bis einschließlich 100 € in der Regel der Einzahlungsabschnitt und eine Kopie des entsprechenden Kontoauszuges. Für höhere Spenden oder für Spenden, die nicht mit der medico-Zahlkarte überwiesen werden (z.B. durch Electronic Banking), schicken wir Ihnen gerne eine Spendenbescheinigung zu. Dafür bitten wir Sie, im Verwendungszweck Ihren Namen und die vollständige Adresse sowie, falls bekannt, Ihre Spendernummer anzugeben.

Fördermitgliedschaft Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon: Tel. (069) 944 38-11,
Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: info@medico.de

Bankverbindung: medico international, Spendenkonto
1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

Liebe Leserinnen und Leser, wir können Ihnen hier nur eine Auswahl unserer jüngsten Veröffentlichungen präsentieren, eine Gesamtübersicht können Sie bei uns anfordern oder finden Sie auf unserer Homepage. Zum Nachlesen und Weiterverteilen, für die Bildungsarbeit, zum Auslegen im Laden nebenan. Für Nachfragen stehen wir Ihnen unter der Tel. (069) 944 38-0 gerne zur Verfügung.

Übrigens: Unsere Materialien schicken wir Ihnen kostenlos, es sei denn, ein Preis ist vermerkt.

medico im Überblick



Jahresbericht 2006

(28 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international, die Ende 2004 gegründet wurde.

medico Rundschreiben

Nummer 01 | 07: Afghanistan, Unterschriftenkampagne Boehringer, Widerstand gegen EPAs, etc.

Nummer 02 | 07: ein Palästinenser in Südafrika, Fundraising-Märchen, Sierra Leone, Alternativen zu Patenten, etc.

NEU: Tagungsdokumentationen

Konkrete Utopie einer Sozialen Infrastruktur (Mai 2007)

Symposium der stiftung medico international. Die Beiträge von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Attac u.a. thematisieren gerechten Zugang zu Gesundheit, sozialer Infrastruktur, solidarische Ökonomie.
3 Audio-CDs zum Nachhören.

Was tun? Kritische Kampagnenarbeit in Zeiten der Globalisierung (Nov. 2006)

(58 S.) Mit Beiträgen von: Attac, Brot für die Welt, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Greenpeace, medico international, Netherland Institute on Southern Africa und People's Health Movement.

Auch zum Download auf www.medico.de.

Reports



Im Inneren der Globalisierung

Psychosoziale Arbeit in Gewaltkontexten

(230 S.) Der medico-Report 26 reflektiert Konzepte und Praxis psychosozialer Arbeit in Gewaltkontexten und die unterschiedlichen Dimensionen von Täter- und Opferrealitäten in Zeiten der Globalisierung. 12 €.

Eine Liste aller Reports schicken wir Ihnen gerne zu.

Materialien zu medico-Kampagnen

Vielfältige Materialien zu unseren aktuellen Kampagnen finden Sie auf www.medico.de: Filme, CD-ROMs, Unterschriftenlisten u.a. Interessiert? Dann rufen Sie uns an unter Tel. 069-944 38-27 (Anne Jung).



NEU: Plakatausstellung Landmine

Informative Plakate zur Landminenproblematik, der Internationalen Antiminenkampagne und der Projektarbeit in betroffenen Regionen. 8 laminierte DIN-A2-Plakate zum Ausleihen (anzusehen auf www.medico.de).

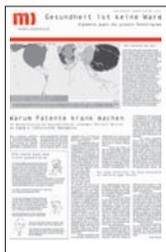
NEU: Film zur Minenkampagne (15 Min.) zum Ausleihen



Die Saat des Krieges

Landminen: Kampagne und Projekte

(8 S.) Mit Texten zu Streumunition und vielen Aktionsangeboten zum 10-jährigen Jubiläum der Verleihung des Friedensnobelpreises.



Gesundheit ist keine Ware

(4 S.) Argumente gegen das globale Patentregime und für den Zugang aller Menschen zu lebensrettenden Medikamenten.

Ich bestelle:

- Jahresbericht 2006
- Broschüre stiftung medico international
- medico Rundschreiben 01 | 07
- medico Rundschreiben 02 | 07
- Konkrete Utopie einer sozialen Infrastruktur
- Was tun? Kritische Kampagnenarbeit
- Report 26 - Im Inneren der Globalisierung (12 €)
- Plakatausstellung Landmine
- Film zur Minenkampagne
- Die Saat des Krieges
- Gesundheit ist keine Ware

Name:

Straße:

Ort:

Meine Spendernummer:

Ich möchte

- kostenlose Materialien bestellen
- ggn. Rechnung (zzgl. 2 € Versandkosten) bezahlen
- dass der Rechnungsbetrag einmalig für diese Bestellung von meinem Bankkonto abgebucht wird

Kontonummer:

bei der Bank:

BLZ:

Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:



medico international e.V.
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
oder faxen an: (069) 436002

„Malalai, Mutter von sechs Kindern, war nach dem Sturz der Taliban die erste Polizeibeamtin in Kandahar. Viele Zeitungen und Zeitschriften hatten schon über sie berichtet. Denn im Gegensatz zu anderen Frauen in der Region arbeitet Malalai in einer der gefährlichsten Städte des Landes Seite an Seite mit Männern. Natürlich besaß sie eine Dienstwaffe. Die einzige Kleinigkeit, die sie von ihren Kollegen unterschied, war blassblau und hing an einem Nagel neben der Tür ihres Büros. Denn obwohl sie eine bewaffnete Polizistin war, trug Malalai auf der Straße eine Burka. Immerhin war das Kandahar und was das anging, war Malalai keine Ausnahme. Auf der anderen Seite konnte sie sich, gerade weil sie eine Frau war, den Problemen der Frau wesentlich einfühlsamer nähern, als irgendein Mann es vermocht hätte. Von Vergewaltigungs- und Misshandlungsoffern bis hin zu Mördern und Entführern hatte sie sich mit dem ganzen abgründigen Spektrum der menschlichen Natur auseinanderzusetzen.“
(Text und Foto: Lana Šlezic)



medico international

Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0

Fax (069) 436002

E-Mail: info@medico.de

Internet: www.medico.de